



Österreichische Gesellschaft  
für Europapolitik

ÖGfE, 3. Oktober 2012

## »Europa kann nicht bleiben, was es ist«

### Lehren aus Europas Schuldenkrise: Regierungseinheit und europäische Zivilreligion. Versuch einer Gesamtschau

INTERVIEW mit *Roland Benedikter*, Universität von Kalifornien in Santa Barbara und Stanford Universität, geführt von *Helena Wöhl-Coelho*, Deutsche Welle. Brasilien, am 22.09.2012

Auf der Suche nach einem Gesamtbild der heutigen europäischen Schuldenkrise hat sich *Helena Wöhl-Coelho* von der Deutschen Welle Brasilien mit dem Politik- und Sozialwissenschaftler *Roland Benedikter* (47) unterhalten. Benedikter arbeitet als Europäischer Stiftungsprofessor für Politik- und Sozialwissenschaft am Europa-Zentrum der Stanford Universität und am Orfalea Zentrum für Globale und Internationale Studien der Universität von Kalifornien in Santa Barbara. Er war mehr als 8 Jahre lang selbst auf europäis-

cher Politikebene aktiv, hat seit 2008 mehrere vielbeachtete Analysen zur europäischen Finanz- und Schuldenkrise sowie zum Bild Europas in der Welt veröffentlicht und im September 2012 seinen fünften Wissenschaftspreis erhalten. Benedikter gilt als ausgewiesener Kenner der europäischen Entwicklung aus internationalem und multidisziplinärem Gesichtspunkt. Helena Wöhl-Coelho hat ihm 45 Fragen zu Europas Krise gestellt - und darauf 45 Antworten erhalten.



**Wöhl-Coelho:** *Europa, das gerade erst die globale Finanz- und Wirtschaftskrise 2007-11 überwunden hat, ist nun seit 2011 in einer Schuldenkrise, aus der es trotz vieler Bemühungen einfach nicht herauszukommen scheint. Warum dauert Europas Krise so lange - und kein Ende in Sicht? Kann man diese Krise, die manche eine »Grundlagenkrise« nennen, auf eine Weise erklären, dass die Grundmechanismen auch für Nichtein-geweihte und Nichteuropäer einsichtig werden, ohne an Tiefe zu verlieren?*

**Benedikter:** Das können wir gern versuchen. Wichtig ist vor allem zu sehen, dass die Schuldenkrise nicht nur aus einer, sondern aus zwei Hauptdimensionen besteht, die zusammenwirken. Nur wenn man diese beiden Dimensionen in ihrer Interaktion sieht, kann man die Krise verstehen.

*Inwiefern?*

**Benedikter:** Die Schuldenkrise ist erstens die Krise einzelner europäischer Staaten, die zu lange über ihre Verhältnisse gelebt haben. Sie haben sich seit den 1970er Jahren immer mehr Geld geliehen, sodaß sie ab Ende der 1990er Jahre im wesentlichen nur mehr die Zinsen für ihre Schulden, nicht mehr das Kapital zurückzahlen konnten. Als dann im Gefolge zunächst der Terroranschläge vom 11. September 2001 und dann der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2007-11 diese Schulden plötzlich zwei große Sprünge machten und noch einmal sehr viel höher wurden, wurde ein Punkt erreicht, wo die Zinsen für manche Staaten auf 7% pro Jahr stiegen – was allgemein als Grenze von Schuldzinsen angesehen wird, die man nicht bezahlen kann, ohne mittelfristig pleite zu gehen. Dadurch verloren die internationalen Kapitalmärkte, von

denen sich Staaten ihr Geld leihen, das Vertrauen, dass sie ihre Zinsen regelmässig erhalten und auch das geliehen Kapital irgendwann wieder zurückbekommen. Staaten leihen in der Regel Geld immer nur für einige Jahre und »geben es dann zurück«, indem sie neues Geld leihen, zu den Zinsen, die dann gerade aktuell sind. Diese regelmässige »Umschuldung«, wie man das in technischer Fachsprache nennt, kann dazu führen, dass sich Staaten verschlechtern oder verbessern, je nachdem, ob sie danach mehr oder weniger Zinsen als vorher bezahlen. Im Fall der Schuldenkrise erhielten die hoch verschuldeten europäischen Staaten von den Kapitalmärkten bei »Umschuldungen« immer weniger oder gar kein Geld mehr, oder nur zu solchen Zinsen, die sie nicht mehr bezahlen konnten. Das zwang dann verschiedene Staaten wie Griechenland, Irland oder Portugal, die anderen Eurozonen-Mitglieder, also alle anderen Staaten, die dieselbe Währung: den Euro haben, um Hilfe zu bitten, um ihre laufenden Ausgaben wie zum Beispiel die Gehälter für die Staatsangestellten überhaupt noch bezahlen zu können und nicht bankrott zu gehen. Das ist die empirische, die unmittelbar quantitative Dimension der Fakten. Ich würde das die Tatsachen-Ebene und die Ursache der Schuldenkrise im engeren Sinn nennen.

*Aber es gibt auch noch eine zweite Dimension?*

**Benedikter:** Ja. Es gibt noch eine zweite Ursache im weiteren Sinn. Die Schuldenkrise ist zweitens auch die Krise der europäischen Solidarität: der Einheit Europas. Das ist die qualitative, die mittelbare (und also langfristige) Dimension. Ohne sie und ihre Wechselwirkung mit der quantitativen Dimension lässt sich der Gesamtmechanismus der europäischen Schuldenkrise nicht



verstehen – warum sie so hartnäckig ist und so lange dauert.

*Worin besteht diese zweite Dimension?*

**Benedikter:** Europa ist seit einigen Jahren nicht nur einfach, sondern zweifach auseinandergefallen. Erstens in Gewinner- und Verliererstaaten des Euro - das heisst auf der einen Seite in die Nordstaaten Deutschland, Österreich, die Niederlande und Frankreich; auf der anderen Seite in Südstaaten wie Italien, Spanien, Portugal, während einige Staaten wie Irland in seltsamer, meist opportunistischer Weise »neutral« dazwischen zu bleiben versuchen. Europa ist zweitens zusätzlich auch auseinandergefallen auf der einen Seite in Länder, die am gemeinsamen, notwendigerweise dialogischen - und daher auch zum Teil in natürlicher Weise mit Konflikten behafteten - Weiterentwicklungs-Prozeß teilnehmen wollen; und auf der anderen Seite in solche, die sich trotz ihrer Mitgliedschaft faktisch aus der gemeinsamen Zukunftsbewältigung verabschiedet haben wie Großbritannien, das sich unter der derzeitigen konservativ-liberalen Regierung so stark selbst isoliert hat wie noch nie in der neueren europäischen Geschichte.

*Warum ist diese doppelte Spaltung so wichtig?*

**Benedikter:** Eine solch doppelte Spaltung gab es in dieser Schärfe noch nie in der Europäischen Gemeinschaft. Sie ist nicht der tagespolitische, aber der systemische Hauptgrund, warum die Krise so lange dauert und so tief reicht. Denn genau wegen dieser doppelten Spaltung sind die europäischen Institutionen, die sie bewältigen sollen, wie zum Beispiel die europäische Zentralbank, die Europäische Kommission oder die nationalen Regierungen nur zum Teil handlungsfähig,

zum größeren Teil aber gegenseitig gelähmt. Es entsteht eine Kakophonie der Stimmen, auf die die internationalen Finanz- und Kapitalmärkte negativ reagieren. Die Finanzwelt ist skeptisch, weil Europa eine gemeinsame Stimme, eine gemeinsame Handlungsebene, eine gemeinsame Regierung fehlt. Deshalb traut man Europa eine gute und rasche Bewältigung der Krise nicht zu.

*Hat es denn bisher nicht ausreichend sinnvolle Massnahmen der Krisenbewältigung gegeben?*

**Benedikter:** Es hat seit 2011 viele sinnvolle Massnahmen gegeben, die zum Teil hinter den Kulissen auch gut zwischen den Mitgliedsländern koordiniert waren. Die meisten Massnahmen versuchten mehr oder weniger scharfsinnig, die beschriebene doppelte Spaltung zu umgehen, verdeckt »hinter« ihr zu agieren oder sie zumindest nicht offen sichtbar werden zu lassen, um die Kapitalmärkte nicht zu beunruhigen, damit die Zinsen nicht noch höher werden. So zum Beispiel mittels der »indirekten« Aktionen der Europäischen Zentralbank, die über die europäische Bankenstützung, aber auch über den Ankauf von Staatsanleihen der in Not geratenen Länder, welche die Finanzmärkte nicht mehr kaufen wollten, letztlich verdeckt in einer Weise mit Milliardensummen staatsfinanzierend agiert hat, die ihr ihr derzeitiger Status eigentlich nicht erlaubt. Aber das haben die internationalen Kapitalmärkte längst durchschaut. Es herrscht auf diesen Kapitalmärkten anhaltendes und ungebrochenes Misstrauen gegen die doppelte Uneinigkeit Europas, wie die Krise denn zu bewältigen sei; und dass die meisten Massnahmen nicht in offener Solidarität zwischen den Nord- und Südstaaten, zum Beispiel durch offene gemeinsame Haftung für europäische Staatsanleihen erfolgen, sondern unter dem Deckmantel von Bankenstabilität oder



Währungsstützungen, steigert das Misstrauen ganz erheblich. Also bleiben auch die Zinsen hoch, welche die Finanzmärkte verlangen, und die Krise geht weiter, weil bei so hohen Zinsen keine großen Spielräume bestehen. Das ist das Grundsatz-, das Strukturproblem hinter der Krise.

*Inwiefern?*

**Benedikter:** Nicht wegen der Einzelmassnahmen, sondern vor allem wegen dieses Misstrauens geht die Krise immer weiter. Das Wechselspiel zwischen den zwei Dimensionen ist wie eine Spirale, die sich selbst am Leben erhält: Die hohen Schulden führen zu hohen Zinsen, die nur verdeckt - statt offen gemeinsam - angegangen werden. Das fördert Misstrauen in die Einheit der Eurozone, die gemeinsame Währung auch gemeinsam retten zu können. Das Misstrauen führt dazu, dass die Schuldnerländer das periodisch nötige Kapital zur Refinanzierung ihrer Schulden nur zu überhöhten Zinsen aufnehmen können. Das hindert ihren Schuldenabbau, weil zu viel vom neuen Kapital in die Zinstilgung und zu wenig in die Schuldentilgung fließt, also zu viel in das Tagesgeschäft und zu wenig in die Lösung des Grundproblems; und weil der Bewältigungsprozess dadurch viel langsamer geht als erhofft. Dadurch steigt wiederum das Misstrauen der Kapitalmärkte in die Bewältigbarkeit der Krise. Effekt: die Zinsen auf Anleihen sinken nicht, sondern schwanken nur auf sehr hohem, über die Jahre besehen im Grunde nicht haltbaren Niveau.

*Das bedeutet?*

**Benedikter:** Es ist ein Teufelskreis, der im Kern auf dem Misstrauen gegen die innere Spaltung, oder zumindest gegen die (Noch-)Nichteinheit Europas beruht – mehr als gegen das rein quantitative Schuldenniveau im Vergleich zum Bruttonationalprodukt, das etwa in Japan ja wesentlich höher ist als in der Eurozone, in den USA etwa ähnlich, ohne dass diese dieselben negativen Effekte zu befürchten haben.

*Es gibt also zwei grundlegende Dimensionen, die zusammenwirken: Hohe Schulden einzelner Länder und die fehlende Einheit zwischen Nord- und Südstaaten. Nur wenn man sie gemeinsam und in ihrer Interaktion sieht, kann man die Schuldenkrise Europas verstehen.*

**Benedikter:** Genau. Vor allem: Wenn man das Gesamtbild der europäischen Schuldenkrise begreifen will, ist es entscheidend zu sehen, dass diese zwei Dimensionen gleich wichtig sind. Normalerweise ist man versucht zu glauben, dass die nackten Zahlen das Ausschlaggebende sind: also die Schulden an sich. Aber genau besehen, ist der zweite Aspekt: also die zum Teil - zumindest als Grundlage konsequenten politisch-ökonomischen Handelns - fehlende Vertrauens- und Solidaritätsdimension sogar wichtiger als die Schulden an sich. In Kapital- und Finanzangelegenheiten ist mittelfristig Vertrauen immer wichtiger als die reinen Zahlen.

*Das bedeutet?*

**Benedikter:** Europa ist wirtschaftlich, technologisch und sozial viel stärker, als man heute glaubt – wenn man alle Dimensionen wie Ökonomie, sozialen Zusammenhalt, Gefälle zwischen



arm und reich, Produktivität und Innovation, Nachhaltigkeit und Erneuerbarkeit von Energie zusammennimmt, sogar stärker zum Beispiel als die USA, China oder Japan. Nur deshalb, weil die zwei genannten Dimensionen: Schulden und Nicht-Einheit sich gegenseitig in einer Art Spirale verstärken und wechselseitig am Leben erhalten, dauert die europäische Krise so lange.

*Denn?*

**Benedikter:** Europa als Ganzes, wenn man also nicht nur die Eurostaaten, sondern alle 27 Mitgliedsländer einbezieht, ist nach wie vor der wirtschaftsstärkste Raum der Welt. Es ist vor allem, was immer noch oft unterschätzt wird, auch der gesellschaftlich am besten ausgewogene, sozial balancierteste und der unter Friedens-, Ausgleichs- und Rechts-Gesichtspunkten weitestentwickelte multinationale Raum der Welt. Wenn die beiden genannten Dimensionen: Schulden und fehlende innereuropäische Einheit nicht zusammenwirken würden, gäbe es keinen Grund, dass die Krise gerade in einem solchen - im globalen Vergleich höchst entwickelten - Raum so lange dauert.

*Ist das alles? Oder sind die Dinge doch noch etwas komplizierter? Was sind weitere Voraussetzungen für die - weit in die internationale Situation ausstrahlende - europäische Krisenkonstellation?*

**Benedikter:** Nun, ehrlich gesagt schon. Dazu müssen wir vor allem zwei Seitenaspekte erwähnen, die zusätzlich in die komplizierte Situation hoher Schulden bei »doppelter Spaltung« Europas hineinwirken:

- a) Die Rolle der wachsenden Rivalität zwischen den USA und der Eurozone. Die USA richten sich unter Barack Obamas neuer Globalstrategie: »Asia First« zunehmend auf den Pazifik aus - und damit unweigerlich, wenn auch vielleicht nicht ausdrücklich oder willentlich - gegen Europa.
- b) Die Rolle der allesamt in den USA beheimateten grossen Ratingagenturen - und ihres sowohl verdeckten, demokratisch nicht legitimierten und zugleich überproportionalen Einflusses auf innerwestliche und globale Entwicklungen zwischen Finanz, Wirtschaftskulturen und Politik. Sogar die EU-Aussenbeauftragte Catherine Ashton hat ja im Sommer 2012 moniert, es sei doch seltsam, dass immer, wenn die Wirtschaftszahlen in den USA schlecht seien, die Ratingagenturen sofort ein europäisches Land aufs Korn nehmen und es herabstufen. Ashton legt nahe, dass dies darum geschehe, um von den im Kern schwerwiegenden Problemen der USA abzulenken - sei es nun unbewußt oder bewußt.

Es ist schwer, diese beiden Seitenaspekte der Krise nicht zu erwähnen, wenn man die Fakten und ihre ökonomischen und realpolitischen Folgen richtig zu einem Gesamtbild zusammenfügen will.

*Einverstanden. Aber Sie sprechen doch, wenn ich das richtig verstehe, von der »Nicht-Einheit Europas« als dem vielleicht wichtigsten Hauptgrund der Krise. Gehen wir daher hier noch genauer auf diese (Noch-)Nichteinheit ein. Welche Rolle spielt sie in der gegenwärtigen Schuldenkrise Europas - die ihrerseits auch eine globalpolitische Krise wesentlich mit am Leben erhält?*



**Benedikter:** Dafür gibt es zahllose Beispiele in einzelnen Details, die immer wieder nur ein und dasselbe Gesamtproblem verdeutlichen. Dass zum Beispiel in der zweiten September-Hälfte 2012 65% der Deutschen sagen, sie seien skeptisch gegenüber dem Euro, obwohl Deutschland 2011-12 als erstes Land überhaupt seit dem zweiten Weltkrieg Staatsanleihen zu Negativzinsen verkauft und also der mit Abstand größte Gewinner der Euro-Situation ist, spricht Bände für die Paradoxien der gegenwärtigen Situation. Deutschland hat nicht nur, aber vor allem auch deswegen eine solch überragend positive Entwicklung genommen, weil es den Euro hat und deshalb als unumstrittener »Exportweltmeister« – mit mehr als der Hälfte seines Aussenhandelsvolumens – umrechnungsfrei in die Eurozone exportieren kann, vor allem natürlich deutsche Autos und technische Geräte, nach denen inzwischen ja die ganze Welt zu Recht süchtig ist. Dagegen sagen die im Zeichen europäischer Einheit von extremen Belastungen, u.a. den höchsten Steuern der Welt (Italien seit Sommer 2012) und einem rasch abnehmenden Wohlstandsniveau heimgesuchten Griechen, Portugiesen oder Italiener, welche die deutschen Autos kaufen, indem sie Schulden bei deutschen (und, noch stärker, französischen) Banken aufnehmen, Europa sei alles, was sie haben und was sie wollen. All das ist eine große Paradoxie. Vor allem: Das sind keine bloß populistischen Tagestrends, sondern das sind wirtschafts-, finanz- und geldpolitische Grundsatz-Widersprüche innerhalb der Eurozone. Die Nicht-Solidarität des Nordens mit dem Süden spielt eine große, noch immer unterschätzte Rolle.

*Und auf der anderen Seite?*

**Benedikter:** Auf der anderen Seite hat - und das ist die komplementäre Dimension dazu - die Nicht-Solidarität der Südstaaten mit dem Norden seit Jahrzehnten auch eine Rolle gespielt. Die Südstaaten haben jahrelang gegenüber der Europäischen Union zum Teil mit falschen Karten gespielt und ihre Situation vor den anderen Partnern vertuscht - hauptsächlich im Westen und Süden des Kontinents wie in Portugal, Irland, Griechenland und zum Teil auch Spanien. Das extremste Beispiel ist sicherlich Griechenland, aber auch ein Land, das geradezu systemisch in unverantwortlicher Weise gewirtschaftet hat wie Irland, das sein gesamtes Wachstum seit den 1990er Jahren auf eine Immobilienblase gründete und damit vor den anderen Eurozonenmitgliedern so tat, als sei es der Vorreiter eines nachhaltigen Wachstums Europas.

*Worin liegt also zusammenfassend das grosse Grundsatzmotiv der inneren Spaltung Europas, das Sie für die Krise entscheidend mit verantwortlich machen?*

**Benedikter:** Die Nordstaaten, also die Gewinnerstaaten des Euro wie Deutschland, Frankreich, Österreich oder die Niederlande sagen: Die Südstaaten haben die Schulden gemacht, also müssen sie die Steuern erhöhen und sparen, um das Geld zurückzuzahlen, das ist das Rezept. Das geschieht natürlich mit einem gewissen Recht, denn die Südstaaten haben ja wirklich die Schulden gemacht, also müssen sie auch Verantwortung dafür übernehmen. Die Südstaaten wie Italien, Spanien, Portugal oder auch Griechenland sagen, gut, wir sparen also, aber das





würgt die Nachfrage und den Konsum ab, und wir sparen uns damit in die Rezession hinein - wie zum Beispiel Italien mit -2,5% Rezession in 2012, weil die Menschen nichts mehr kaufen, weil sie kein Geld mehr haben. Denn der italienische Staat hat inzwischen unter dem nicht gewählten, »technischen« Ministerpräsidenten Mario Monti die statistisch gesehen höchsten Steuern der Welt erlassen, mit 55% auf mittlere Einkommen und bis zu 70% auf Unternehmen - eben um zu sparen und die Staatsschulden abzutragen. Letztlich wird der Bürger auf der Straße dafür zur Kasse gebeten in Form von Steuern. Die verständliche Antwort des Südstaaten-Bürgers ist: Dann kann ich eben nichts mehr kaufen, wenn ich alles dem Staat geben muss. Selbstverständlich kauft dieser Bürger dann auch nichts mehr von den Nordstaaten, die aber ihren unvergleichlichen Erfolg seit Einführung des Euro im Jahr 2001 wesentlich darauf aufgebaut haben, ihre Produkte ohne Umrechnungsverluste zwischen verschiedenen Währungen in die Südstaaten zu exportieren. Wenn der Südstaaten-Bürger wegen des - weitgehend vom reichen Norden verordneten - Sparprogramms dann nicht mehr kauft, dann schadet das also allen: europäischen Nord- und Südstaaten gleichermaßen. Das ist die andere Seite der Medaille. In gewisser Weise haben damit die Südstaaten Recht, wie die empirischen Daten zeigen: Europa ist in Rezession, weil zum Teil extrem gespart wird. Sparen ist also einerseits nötig, andererseits verhindert es Wirtschaftswachstum. Beide Seiten, die Nord- und die Südstaaten haben Recht - und beide haben zugleich, mit Blick auf das gemeinsame Ganze, Unrecht, weil sie nur das je eigene Recht sehen.

*Warum sieht man das bisher nicht ein - auf beiden Seiten? Es scheint doch überdeutlich, dass*

*die fehlende Einheit zwischen Nord und Süd hier zum Schaden aller Europäer ist?*

**Benedikter:** Deshalb, weil Nord- und Südstaaten nicht einig sind und jeweils nicht auf das gemeinsame Ganze Europas, sondern vorrangig auf den je eigenen Vorteil schauen.

*Geben Sie dazu bitte Beispiele.*

**Benedikter:** Die Nordstaaten sagen: Warum sollen wir für die Schulden der Südstaaten mit haften, zum Beispiel durch gemeinsame Staatsanleihen? Sie haben ihre Schulden ja selbst gemacht und sie sollen sie durch Sparen auch wieder selbst in Ordnung bringen. Das hat seine Logik. Aber genau besehen ist das etwa im Vergleich mit Amerika so, wie wenn die Washingtoner US-Bundesregierung sagen würde: Kalifornien hat Schulden? Wir haften nicht gemeinsam dafür, jeder Staat für sich selbst, und wenn nötig sollen sie eben aus dem Dollar aussteigen und sich eine andere Währung suchen. Das wäre absurd, und es würde sofort keinen Dollar mehr geben. Aber die Nordstaaten machen es in Europa genau so, obwohl sie ja die gemeinsame Währung mit den Südstaaten teilen! Amerika macht das nicht, weil es eine gemeinsame Währung, aber dazu auch eine gemeinsame Regierung hat. Währung und Regierung sind eins für alle Teilstaaten der USA. Europa hat einen entscheidenden Nachteil, eine Achillesferse, die es umbringen wird, wenn sie nicht in Ordnung gebracht wird: Europa hat zwar eine gemeinsame Währung, aber keine gemeinsame Regierung. Es hat eine Währung, aber viele Regierungen. Und die sagen sich gegenseitig: Nicht ich, sondern Du musst es gutmachen. Das kann nicht funktionieren, und das konnte nie funktionieren. Wer eine gemeinsame Währung hat, braucht eine gemein-



same Regierung: Sonst ist auch die Währung zum Untergang verurteilt. Das ist es, was heute klar wird.

*Und die Südstaaten?*

**Benedikter:** Die Südstaaten sagen: Wenn alles schiefgeht, müssen wir keine größeren Reformen machen, denn die Nordstaaten werden uns schon heraushauen. Sie haben ja schliesslich nicht nur die moralische Pflicht dazu, sondern müssen das auch aus reinem Selbsterhaltungstrieb tun - schliesslich haben wir eine Währungseinheit. So geschehen zum Beispiel in der italienischen Hauptstadtregion Lazio, der Region rund um Rom, wo jahrzehntelang Millionen aus öffentlichen Mitteln für private Luxusgüter verschwendet wurden – im Glauben, wenn die Schulden ausser Kontrolle gerieten, werde in letzter Instanz nicht der selbst hoch verschuldete italienische Nationalstaat, sondern schon »der reiche Norden einspringen müssen«. Manche erinnert das ja bereits an den Konflikt zwischen Nord- und Südstaaten in den USA. Es sind ähnlich unseelige Abhängigkeits- und Konfliktmechanismen im Gang im heutigen Europa wie damals in den USA – unter völlig veränderten Voraussetzungen natürlich.

*Ein Beispiel für die wechselseitige Abhängigkeit zwischen Nord und Süd, bei gleichzeitiger Nichteinsicht in diese?*

**Benedikter:** Nehmen wir das gewiß extremste Beispiel, Griechenland. Was haben die Griechen gemacht? Sie wollten - wie alle anderen auch, und das ist mehr als verständlich - gern die besten Autos der Welt fahren, also die deutschen, konnten sie aber nicht selbst produzieren. Ausserdem hatten sie keine Ersparnisse, um

sie sich zu kaufen. Also haben sie sich nach der Währungsunion, die das entscheidende Eingangstor war, leichtes und schnelles Geld von deutschen Banken geliehen, um deutsche Autos zu kaufen - die noch dazu teilweise in Tschechien oder der Slowakei produziert werden, was die Dinge noch etwas komplizierter macht, aber das Grundprinzip nicht verändert. Das Resultat war, dass die Griechen zwar zu ihrer grossen Freude die deutschen Autos fuhren, aber die - vor allem bei französischen und deutschen Banken gemachten - Schulden nicht zurückzahlen konnten, sondern nur die Zinsen darauf. Sie hatten also - als spätere Verliererstaaten des Euro - Geld von den Gewinnerstaaten geliehen, um Waren der Gewinnerstaaten zu kaufen, wurden davon aber, repräsentativ für die »Verliererstaaten« des Euro, finanziell abhängig. Dagegen gewannen die »Gewinnerstaaten« aus demselben Mechanismus doppelt: Erstens durch den Profit der Produktion und des Verkaufs von Ware ohne Umrechnungsverluste, und zweitens an Zinsrückzahlungen bei gleichzeitig gleichbleibender, also dauerhafter Verschuldung der Südstaaten. Letztlich wuchs, hier nur typologisch - und also gewiss unrechtmässig reduziert - verdeutlicht, das Abhängigkeitsgefälle zwischen großen, strukturstarken und reichen Eurostaaten auf der einen und kleinen, strukturschwachen und armen Eurostaaten auf der anderen Seite – in ein und derselben Währungszone! Wie es allerdings nur allzu voraussehbar war, wenn man eine gemeinsame Währung zwischen arm und reich - oder strukturschwach und strukturstark - ohne politischen Ausgleichsmechanismus einführt. Das ist das Entscheidende: Eine gemeinsame Währung ohne echte politische Gemeinsamkeit! Ein Unikum in der modernen sozio-ökonomischen Geschichte offener kapitalistischer Gesellschaften, das von





Anfang an auf schiefer Ebene stand, ja stehen musste.

einzuführen. Das muss Europa nun nachholen, um sich weiterzuentwickeln.

*Das bedeutet?*

*Oder?*

**Benedikter:** Griechenlands Schicksal war von Anfang an besiegelt, als man das strukturschwächste Land Europas: Griechenland, mit dem strukturstärksten Land Europas: Deutschland in eine gemeinsame Währungsunion ohne politische Union gegeben hat. Voraussehbar war: Wenn Sie einen Palast und eine Hütte zusammenschließen ohne gemeinsamen Richter, der das Gefälle intern über politisch-soziale Mechanismen ausgleicht (wie sie ja innerhalb der europäischen Nationalstaaten eifrig gepflegt werden, denken sie nur in Italien an den Nord-Süd-Ausgleich oder in Deutschland an den West-Ost-Ausgleich), dann muss die Hütte notwendigerweise und unausweichlich immer kleiner und der Palast immer größer werden. Das ist weder die »Schuld« des Palastes, noch der Hütte: Es ist das Grundgesetz, das Einmaleins des Kapitalismus. Und wer einem solchen Vorgang: Währungseinheit ohne politische Einheit zustimmt, weiss also, was geschehen wird. Dafür tragen alle Mitgliedsstaaten des Euro dieselbe Verantwortung – und es ist besonders wichtig, dies ausdrücklich zu betonen! Was sich in der Schuldenkrise gezeigt hat, ist: Währungsunion ohne politische Union führt zu wachsenden inneren Gefällen und Abhängigkeiten, ohne dass irgendjemand das will. Es führt zu einem rasch wachsenden inneren Ungleichgewicht, das in Niemandes Interesse sein kann. Daher war es von Anfang an falsch, verzerrt, halbherzig oder eben nur ein »unvollendeter Anfang«, eine gemeinsame Währung ohne eine gemeinsame Regierung

**Benedikter:** Oder das bisherige Europa muss, als Preis für Unentschlossenheit, den Traum seiner Einheit aufgeben; den Euro nur mehr für die Gewinnerstaaten behalten; und als Preis dafür für die kommenden 2 oder 3 Generationen von (Süd-)Europäern auf jeden Anspruch auf »Europa« verzichten. In diesem Fall, der möglich ist, wird es künftig zwei Europas geben: Ein Nord- und ein Südeuropa, mit verschiedenen Währungen und politischen Einheiten. Aber dann darf niemand mehr für die kommenden 100 Jahre nochmals von »Europa« sprechen. Das wird dann diskreditiert und endgültig vorbei sein für mindestens einige Generationen. Wer diesen Preis zahlen will, soll ihn zahlen. Er muss nur bewußt sein.

*Aber hat der Palast in einem solchen Spiel letztlich nicht doch mehr Verantwortung als die Hütte? Das würden zumindest die meisten Linksin-tellektuellen behaupten. Die ja in Europa heute in der Mehrheit sind, wenn ich das richtig sehe.*

**Benedikter:** Nein, keineswegs. Und die Linksin-tellektuellen sind heute in Europa auch nicht in der Mehrheit, sie waren es übrigens auch nie. Denn all dies ist ganz ausdrücklich nicht die Schuld des Palastes, sondern das Grundgesetz des Kapitalismus – also der besten (und im übrigen auch spirituellsten, weil abstrakt-konkretesten) Erfindung, die die Menschheit je gemacht hat. Es ist nicht die Schuld der Gewinnerstaaten, oder gar Deutschlands, sondern vielmehr die



»Schuld« der fehlenden gemeinsamen europäischen Regierung, also der fehlenden politischen Einheit. Wenn die Schuldenkrise etwas lehrt, dann dies: Es kann keine Währungsunion ohne gleichzeitige politische Einheit geben. Das war der Fehler von Anfang an – aber das ist auch die große Chance in die Zukunft hinein. Bedenken Sie nur: Selbst mit diesem allzu offensichtlichen Fehler blieb Europa seit Einführung des Euro die wirtschaftsstärkste Macht der Welt. Was erst würde geschehen, wenn dieser Fehler bereinigt würde – und Europa sowohl wie Währungs- als auch eine politische Einheit würde? Das könnte zu einem »Quantensprung« sicherlich zunächst hinsichtlich seiner inneren Konsolidierung werden, nicht zuletzt auch mittels der internationalen Währungsmärkte; vor allem aber zweitens zu einer Sprung in eine neue Dimension seiner – nun nicht mehr imperialistischen, sondern global konstruktiven – internationalen Bedeutung. Eine endlich voll handlungsfähige Europäische Zentralbank, eine gemeinsame Basis-Steuerpolitik, eine Bankenunion, eine gemeinsame Regierung: Das könnte mittelfristig ein ganz neues Wohlstandswunder Kontinentaleuropas hervorrufen – mit positiven Auswirkungen auf seine Handels-, Wirtschafts- und Finanzpartner in aller Welt. Alle würden davon letztlich auf die eine oder andere Weise profitieren – nicht nur Europa selbst.

*Worin besteht zusammenfassend also der Grund des jahrelangen Andauerns der Schuldenkrise im Kern?*

**Benedikter:** Erstens darin, dass die Südstaaten zu hohe Schulden gemacht haben, und zweitens darin, dass die Gewinnerstaaten des Euro zu lange gezögert haben, eine wirkliche Haftungs- und Lösungsgemeinschaft mit den Verliererstaaten des Euro einzugehen: das heisst in der Binnen-

solidarität, im entsprechenden Management und seiner Kommunikation nach aussen. Mittels der Schuldenkrise 2011-12 wurde nur allzu deutlich, dass Europa keine Einheit ist: dass es zwar eine Währungsunion hat, diese aber auf keiner politischen Union fusst. Und genau das: gemeinsame Währung ohne politischen Mechanismus, der sie intern ausgleichen und interne Unterschiede regeln kann, ist tödlich – wie es letztlich bereits zu erwarten war, als der Euro begründet wurde.

*Nochmals ein Beispiel dafür?*

**Benedikter:** Nochmals: Die Bürger der Verliererstaaten des Euro wie Italien zahlen heute nach Mario Monti's »Reformen«, die bisher praktisch nur Steuererhöhungen bedeuteten, die statisch gesehen offiziell höchsten Steuern der Welt – 55% auf Einzeleinkommen und bis zu 70% auf Unternehmen –, und zwar als eines der westlich wohlhabendsten Länder! Und all dies nur, um sich als zwischen seinem Süden und Norden gespaltenes Land den Euro in Währungsge-meinschaft mit dem strukturstärksten Land der Welt, Deutschland, leisten zu können, also für den Wettbewerbs- und Produktivitätsunterschied zwischen Italien und Deutschland, wie u.a. auch Angela Merkel im September 2012 zu Recht unterstrich. Eine solche »Gemeinschaft der Unterschiedlichen« ohne gemeinsame Regierung hat zwar für beide Seiten Vorteile. Aber es hat langfristig und objektiv gesehen mehr Vorteile für die Gewinnerstaaten des Euro als für dessen Verliererstaaten. Wenn ein strukturstarkes und ein strukturschwächeres Land eine gemeinsame Währung teilen, muss es unbedingt einen gemeinsamen, identischen politischen Steuerungsmechanismus geben, den beide anteilmässig teilen – sonst ufert das wirtschaftliche Gefälle aus, und eine Art Primordialmechanismus des



Kapitalismus setzt nicht nur binnen- sondern auch zwischenstaatlich ein.

*Das heisst?*

**Benedikter:** Es heisst: Der Größere wird immer größer, der Kleinere immer kleiner. Genau das ist beim Euro geschehen. Man hat, ohne politische Gemeinsamkeit, eine gemeinsame Währung eingeführt. Dabei war voraussehbar, dass sie zwar zu allseitigem Vorteil, vor allem aber zum Vorteil der strukturstärkeren Gebiete werden würde, wenn es keine gemeinsame politische Ebene, keine gemeinsame Regierung geben würde. Insofern war der Euro von Anfang an eine Zwielficht-Währung, die zwar bis zu einem gewissen Grad zunächst, in einer ersten Phase, alle voranbringen konnte, die aber so nicht bestehen wird können. Warum? Weil die Verliererstaaten zunächst in einer ersten Phase einen großen »Sprung« machen konnten mittels der Investitionen der Gewinnerstaaten; aber je länger die Zeit dauert, desto stärker schlägt in einer zweiten und dritten Phase das Pendel auf die andere Seite aus, indem es das Kapital mittels Zinszahlungen zur Wirkung bringt, das ist das Grundgesetz des Kapitalismus. Wenn dann noch fortgesetzte Krisen wie die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise 2007-11 die Planungen durcheinanderbringen, dann können sich Ungleichgewichte sehr schnell vertiefen.

*Was wäre die Lösung?*

**Benedikter:** Die Alternative Europas heute lautet im Gefolge dieser inneren Verschiebungen: Entweder Fortschritt zur Einheit von monetärer und politischer Union, oder aber Aufgabe der

Währungseinheit, also des Euro. Tertium non datur, ein drittes gibt es nicht. Was die Krise lehrt, ist die Notwendigkeit einer Komplementarität zwischen Währungs- und Regierungseinheit und einer europäischen Zivilreligion. An dieser Wegscheide stehen wir derzeit, und wir stehen tatsächlich an ihr, nicht nur rhetorisch. Es wird alles vom Bewußtsein der Politiker abhängen - aber zunehmend auch der Sozialpsychologien der Bevölkerungen. Letzteres begrüße ich, obwohl in den vergangenen Jahren viel zu wenig getan wurde, die Sozialpsychologie der Europäerinnen und Europäer so zu informieren, dass sie mündig Entscheidungen treffen kann.

*Warum ist das der Fall?*

**Benedikter:** Das Andauern der europäischen Krise wird von internationalen Institutionen vorwiegend als monetäres und wirtschaftspolitisches Mismanagement interpretiert. Sie hat aber tiefere Gründe - unter anderem kulturelle, nämlich das Fehlen einer gemeinsamen europäischen Zivilreligion und eines lebendigen europäischen Gründungsmythos, der eine gemeinsame Identität zu stiften in der Lage wäre. Mit anderen Worten: Die europäische Krise, begründet auf »Nicht-Einheit« und einer Spaltung zwischen Nord und Süd, ist letztlich nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass »ein Geist Europas« fehlt. Oder sollten wir besser sagen: Der »eine« Geist Europas fehlt? Amerika hat diesen einigenden Geist, verkörpert in Verfassung und Flagge, die unmittelbar berührende Ideen darstellten, unmittelbar lebendig, bis heute; Europa hat »seinen« Geist immer noch nicht, weder lebendig noch abstrakt. Ein Grund dafür ist, dass Europa in den vergangenen Jahrzehnten »von oben« gemacht wurde; und man merkt nun, dass das »von unten« fehlt - das heisst, dass politische und Wäh-



rungs-Prozesse zwar teilweise, aber doch noch nicht angemessen von zivilgesellschaftlichen und sozialpsychologischen Prozessen mit- und nachvollzogen wurden. Damit fehlen Europa die Fundamente für echte Gemeinsamkeit - und das heisst für Solidarität auch in schwierigen Entscheidungen, die den Geldbeutel betreffen.

*Sie sagen in Ihren aktuellen Publikationen, in Europa sei im Rahmen der beschriebenen »doppelten« inneren Spaltung inzwischen eine Zwei- oder gar Dreiklassengesellschaft an europäischen BürgerInnen entstanden. Diese führe zu Binnen-Ungleichheiten, welche an Diskriminierung grenze. Können Sie das erläutern?*

**Benedikter:** Ja, natürlich. Im Rahmen der beschriebenen Konstellation: Währungseinheit ohne politische Einheit entstand in der Tat das Paradoxon, dass zum Beispiel Italiener und Deutsche beide formal »gleiche« Bürger Europas sind, aber faktisch zu zwei unterschiedlichen Klassen von Bürgern geworden sind, weil die Italiener gut ein Drittel mehr Steuern wie die Deutschen zahlen - obwohl sie beide ein und denselben europäischen Pass haben.

*Dazu ein konkretes Beispiel?*

**Benedikter:** Nehmen wir an, ich als Italiener und Sie als Deutscher kaufen beide dieselbe Wohnung im neutralen Österreich, Mitglied der Eurozone wie Italien, und wir vermieten sie um denselben Preis. Von dem, was wir erhalten, behalte ich nach Abzug aller Kosten und Steuern nur wenig mehr als 45%, doch Sie dürfen 60% behalten, obwohl sich die Wohnung auf »neutralem« Gebiet befindet. Das ist deshalb der Fall, weil ich bis zum heutigen Tag immer noch und ausschliesslich als italienischer Bürger Steuern

bezahle, Sie als deutscher. Wir sind beide dieselben europäischen Bürger mit formal demselben Pass und denselben Rechten - aber wir werden vollkommen unterschiedlich behandelt innerhalb dieses angeblich »gemeinsamen« Europa. Das lässt eine Zwei- oder gar Dreiklassengesellschaft (denken Sie nur an Griechenland!) von europäischen Bürgern entstehen - was das Projekt »vereintes Europa« zumindest im Geist der Menschen ad absurdum zu führen droht. Denn die Bürger der Verliererstaaten des Südens fühlen sich diskriminiert und fragen sich zunehmend, warum sie so hohe Steuern zahlen sollen, nur um sich dieselbe Währung mit den Gewinnerstaaten des Nordens zu leisten, die viel strukturstärker als sie sind. Noch einmal: Natürlich ist es allein die »Schuld« der Südstaaten, wenn wir in solchen Begriffen wie »Schuld« die Krise erklären wollen (was wegen der Globalisierungsmechanismen schwierig bis unmöglich ist!), dass sie so hohe Schulden aufgenommen haben. Die Nordstaaten können gar nichts dafür, nicht im geringsten; also wehren sie sich gegen gemeinsame Haftung auch zu Recht. Das Problem liegt aber nicht nur darin, sondern auch in den sozialpsychologischen Implikationen der Krisenbewältigung für die Zukunft der europäischen Einheit.

*Sozialpsychologie spielt eine immer stärkere Rolle?*

**Benedikter:** Ja. Und wie wir wissen, sind sozialpsychologische Prozesse weit komplexer, langsamer und langwieriger als ökonomische und politische Prozesse. Gleichzeitig führen sie zu weit tieferen Veränderungen und Entwicklungen. Sie brauchen dafür aber mehr Zeit. Deshalb besteht in größeren gesellschaftlichen Umbruchprozessen eigentlich immer eine »Phasenverlagerung« zwischen sozio-politischen und sozio-ökonomischen »Oberflächenentwicklungen« auf



der einen und kultur- und sozialpsychologischen »Tiefenentwicklungen« auf der anderen Seite. Das wurde bisher in der europäischen Krisenbewältigung wenig in Betracht gezogen. Und das wirkt sich nun aus.

*Inwiefern?*

**Benedikter:** Es verlängert die Krise aus Gründen der Nicht-Solidarität in objektiv unnötiger Weise. Europas Krisenproblem ist heute mindestens ebenso sehr ein sozialpsychologisches Problem fehlender Solidarität zwischen den Gewinner- und Verlierernationen, das sich negativ auf die Märkte auswirkt, weil es die Glaubwürdigkeit Europas untergräbt, wie ein Problem objektiver wirtschaftlicher und finanzieller Leistungsfähigkeit. Europa ist faktisch viel stärker, als es heute erscheint - mindestens genauso stark wie die USA oder China, wahrscheinlich in seinen Produktivitäts- und Innovationsgrundlagen nach wie vor die stärkste Region der Welt. Das wird aufgrund seiner doppelten inneren Spaltung heute nur nicht mehr wahrgenommen - zum Schaden der globalen Langzeitinvestoren, die Europa deshalb derzeit gründlich unterschätzen. Man kann es ihnen ja auch nur schwer verdenken.

*Wo liegen die wesentlichen Lösungsperspektiven?*

**Benedikter:** Wie gesagt, und ich wiederhole es hier, um das Grunddilemma zu verdeutlichen: Die Verliererstaaten fordern zu Recht Solidarität und Hilfen von den Gewinnerstaaten, weil diese ihre nie dagewesene Erfolgs-Performance der Gegenwart mit zum Beispiel dem Verkauf von Staatsanleihen zu Negativzinsen vonseiten Deutschlands in 2012 wesentlich deshalb erarbeiten konnten, weil sie mehr als die Hälfte ihrer Produkte ohne Umrechnungsverluste in

die Südstaaten und in die Eurozone insgesamt exportieren können. Das hat seine relative, auch quantitativ belegbare Berechtigung: denn die Gewinnerstaaten, einschliesslich vor allem der strukturalen Exportländer wie Deutschland und Österreich, würden selbst dann noch Gewinner des Euro sein, wenn alles Negative einträte, was nur eintreten kann: Schuldenausfall und Eintreten des Haftungsfalls. Dagegen meinen die Gewinnerstaaten ebenfalls mit objektivem Recht, die Verliererstaaten hätten die überzogenen Schulden ja schliesslich selbst verursacht, und sie sollten sie daher durch Sparen auch mehr oder weniger alleine bewältigen. Denn sonst würden sie sich nie freiwillig strukturell nachhaltig reformieren - nicht nur hier und da, und temporär.

*Was bedeutet das?*

**Benedikter:** Es bedeutet: Die Krise dauert auch deshalb nun bereits mehr als zwei Jahre - gemeinsam mit der vorausgehenden globalen Wirtschafts- und Finanzkrise 2007-11, die in den USA und ihrem damals spekulativen Finanz- und Wirtschaftssystem sowohl nach innen (Immobilienpekulation als künstliche Systemgrundlage ohne Nachhaltigkeit) wie nach aussen (Finanzspiele auf noch nicht existierende Werte statt Realwirtschaft als Hauptkapitalanlage) ihren Ursprung hatte, nun bereits mehr als sechs Jahre -, weil einerseits die Verliererstaaten untätig waren, andererseits aber auch die Gewinnerstaaten zu lange Zeit zögerten, Solidarität mit den Verliererstaaten zu zeigen und dies auch in konkrete politische Massnahmen umzumünzen. So zum Beispiel in gemeinsame Schuldenhaftung, eine gemeinsame Steuerpolitik und eine handlungsfähige Europäische Nationalbank, die den Euro durch Aufkauf von nationalen Staatsanleihen stützen kann. Das scheint sich aber jetzt, Ende



September 2012, aber erstmals zu bessern, da die Gewinnerstaaten eingesehen haben, dass nur ein gemeinsames Europa eine Chance auf Besserung hat. Und die Verliererstaaten haben eingesehen, dass es mit ihren Haushalten so nicht weitergehen kann.

*Wirklich?*

**Benedikter:** Ja. Man muss sagen, dass sich die Dinge seit Sommer 2012 nicht zuletzt aufgrund der konstruktiven Haltung Deutschlands, des mit Abstand einflussreichsten Euro-Gewinnerstaats, in die richtige Richtung zu bewegen beginnen. Das ist seit dann der Fall, als man vor allem im deutschen Bundeskanzleramt eingesehen hat - und zwar unter der wenn auch teils provokativen Vorreiterrolle des vielkritisierten Bundesfinanzministers Wolfgang Schäuble, der die Dinge hier aber objektiv vorangetrieben hat auch aus Sicht neutraler internationaler Beobachter, Diplomaten und Staatsmänner -, dass allein durch Einzelmaßnahmen die Krise letztlich nicht bewältigt werden kann, sondern dass die Lösung nur in einer größeren Einheit Europas bestehen kann: in einer Entwicklung in Richtung hin auf die »Vereinigten Staaten von Europa«. Deutschland - und mit ihm Österreich und zum Teil auch Frankreich, bei weitgehender Neutralität der Niederlande, was aber deren individueller Tradition in durchaus positivem Sinne entspricht - sind hier in den vergangenen Monaten, seinen Möglichkeiten gemäß, geradezu vorbildlich vorgegangen. Was etwa der österreichische Bundeskanzler Werner Faymann in den vergangenen Monaten an Öffnung in Richtung auf eine teilweise gemeinsame Schuldenhaftung und auf eine echte europäische Regierung kommuniziert hat, war ebenso überraschend wie beeindruckend. Die Dinge sind in Bewegung gekommen, und wenn sie so wollen,

ist das das Verdienst der Krise. Wer das nicht sieht, ist entweder Nationalist älterer Sorte, oder aber blind.

*Konkrete Beispiele?*

**Benedikter:** Die Entscheidung des deutschen Bundesverfassungsgerichtshofs vom 12. September, der Euro-Rettungsschirm ESM sei unter Auflagen mit dem deutschen Grundgesetz vereinbar, bedeutet faktisch die Einschränkung des Budgetrechts der deutschen Parlamentarier zugunsten Europas. Bereits seit Monaten führt die indirekte Freigabe des Aufkaufs von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank zu verdeckter gemeinsamer Schuldenhaftung. Dazu gehört auch die anvisierte Bankenunion, mit zentralem Weisungs- und sogar Schließungsrecht der Europäischen Zentralbank für alle 6000 europäischen Banken. Dazu gehören zweitens Pläne für eine erste echte Steuerunion; und drittens die Stärkung der gemeinsamen politischen Ebene mittels eines möglicherweise neu auszuhandelnden EU-Verfassungsvertrags. Erstmals steht damit eine mehrdimensionale Entwicklung im Raum, die in vergleichsweise kurzer Zeit zu einem »echten« Europa in mehreren Aufbauschritten führen könnte: Zunächst »leichte« Einheit in ausgewählten Bereichen unmittelbarer Krisenbewältigung (»Europe light«); dann Zusammenführung auch grundlegender nationaler Agenden in langfristiger Perspektive (»Europe strong«) - mit gewissen Ausnahmen, die weiterhin nationalen Entscheidungen vorbehalten bleiben könnten. Insgesamt würde die Kombination der derzeit im Raum stehenden Faktoren und Initiativen





aber eine »Revolution Europas« bedeuten – nicht mehr, und nicht weniger.

*Kommen wir abschliessend zu den Perspektiven. Dabei scheinen neben technischen Überlegungen ideelle Faktoren eine immer wichtigere Rolle zu spielen. In der Vorstellung der mit Grussworten der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel in 2012 gestarteten Initiative »Ich will Europa«<sup>1</sup>, einer Initiative engagierter deutscher Europa-Freunde, ist als erster Satz folgende Aussage zu lesen: »Die europäische Schuldenkrise ist nicht nur eine Krise des europäischen Finanzsystems, sondern eine Krise der europäischen Idee.« Stimmt das? Und wenn ja: Worin besteht Ihrer Ansicht nach diese Ideenkrise?*

**Benedikter:** Die Ideenkrise gibt es. Aber sie ist nichts Neues – vielmehr die alte Achillesferse des modernen Europas. Sie besteht letztlich, seit es die Idee einer europäischen Einheit gibt. Das Problem besteht im Fehlen einer begeisternden, lebendigen Zivilreligion Europas. Doch wenn Sie diese nicht haben, fehlt Ihnen sozusagen das innere Leben der Einheit. Europa ist immer noch stärker durch nationale Gründungsmythen und Identitätsmuster bestimmt, kaum durch gemeinsame europäische. Vielleicht ist das der Hauptunterschied zu den USA, in denen der Idee, der Zivilreligion im Staatswesen eine überproportionale Bedeutung gegenüber allem anderen zukommt. In den USA ist es genau umgekehrt als in Europa: Dort gibt es zwar auch viele Einzelkulturen und Gruppenidentitäten, aber die gemeinsame Idee überstrahlt alles.

*Dazu ein Beispiel?*

1) <http://www.ich-will-europa.de/die-kampagne/die-initiative>

**Benedikter:** Ich gehe mit einem - wie sich im Nachhinein nach seiner Freilassung herausgestellt hat, zu Unrecht verurteilten - amerikanischen Afroamerikaner nach seinem mehr als 6-jährigen, ungerechtfertigten Gefängnisaufenthalt in den Suburbs einer großen Stadt in den US-Südstaaten spazieren. Plötzlich hisst ein Anrainer im Vorgarten seines umzäunten Häuschens aus unbekanntem Gründen die amerikanische Flagge. Und nun geschieht es: Der eben Entlassene bringt sich sofort in Stellung, salutiert und beginnt zu weinen. Ich denke, das ist verständlich, er weint, weil er so viel Unrecht erfahren hat. Doch er sagt: »Nein, ich weine, weil ich Amerika liebe! Das ist mein Land, das Land der Gerechten und Freien, das Land der Mutigen, und ich glaube daran! Es ist das größte Land der Welt.« Und das nach so viel Ungerechtigkeit. Wäre das auch im heutigen Europa der Fall, vor der europäischen Flagge? Ich glaube nicht. Das ist die Kraft der Idee, der Zivilreligion, einer Art an das Gemeinwesen gebundenen säkularen geistigen Inspiration und Überzeugung. Sie durchdringt in den USA alles. In Europa bislang nicht. Da macht eine wirkliche Einheit der Europäer, eine wirkliche Solidarität und Gemeinschaft so schwer.

*Die Lehren?*

**Benedikter:** Was man an diesem Beispiel erfahren kann, ist: Die USA sind kein klassischer Nationalstaat, wie in Deutschland oft fälschlich geglaubt wird, da sie jede Einheit von Volk, Rasse, Herkunft, Kultur und Glaube transzendieren. Sondern sie sind im Kern nur eines: eine Idee. Und zwar eine lebendige, große Idee. Sie waren auch nie etwas anderes - und sie wollen nichts anderes sein, das ist in der Ära Barack Obamas nicht anders. Die USA wollen eine Idee sein,



die die Menschen vereint in Freiheit, Individualität und Ich-Zentrierung! Man kann - und muss - hier natürlich den unübersehbaren, zuletzt rasch wachsenden Zwiespalt zwischen Idee und Wirklichkeit kritisieren in einem Land, das heute als Erbe der Bush-Jahre so stark ideologisch und sozial gespalten ist wie nie in seiner Geschichte. Aber was entscheidend ist: Die Idee ist lebendig, sie wirkt als aufbauende Kraft sozialer Einheit und produktiver gesellschaftlicher Dialektik. Europa hat (noch) nichts dergleichen, das so stark wirken könnte durch alle politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Unterschiede und Umbrüche hindurch. Aber Europa wird so etwas - mit hoffentlich weniger Widersprüchen, ja Abgründen als in Amerika - brauchen, wenn es das werden will, worauf alle Trends hinweisen. Es benötigt eine »europäische Idee«. Davon sind wir heute noch weit entfernt; und das ist gewiss ein zentraler Teil der Krise.

*Wie aber eine solche Idee generieren?*

**Benedikter:** Das ist die Frage nach der europäischen Zivilreligion – einer säkularen und doch nicht nur nominalistischen, sondern substantiellen Idee, die eine geistige Inspiration verleben-digt über alle Grenzen und Unterschiede hinweg. Es ist vielleicht die langfristig wichtigste, und zugleich die schwierigste Frage der heutigen Krise. Ihre ganz grundlegende, umfassendere Bedeutung wurde aber erst anfänglich erkannt. Noch stehen die unmittelbaren wirtschafts-, finanz-, währungs- und institutionenpolitischen Aspekte technischer Bewältigung im Zentrum. Doch sie allein werden, auch wenn sie erfolgreich gelöst werden, wovon ich ausgehe, das Grundproblem nicht lösen: dass Europa eine Idee braucht, die so stark ist, dass sowohl Gewinner- wie Verliererstaaten der Einheit ihr anhängen, weil sie

stärker und größer ist als alle Einzelne. Wir haben überhaupt noch nicht richtig begonnen, daran zu arbeiten.

*Warum?*

**Benedikter:** Unter anderem deshalb, weil Sie dazu inter- und transdisziplinär begabte Meinungsbildner, Propagatoren benötigen, Persönlichkeiten sowohl in den Institutionen, in der Politikberatung wie in den Universitäten, in der höheren Bildung. Die Hervorbringung solcher Persönlichkeiten hat Europa mit Aufgabe des Humboldt-Universitätsmodells nach dem zweiten Weltkrieg sträflich vernachlässigt; und das rächt sich nun. Europa hat in seiner akademischen Sphäre heute - wiederum im Unterschied zu den USA - ein Modell, das zwei Typen von »Lehrern« mit Grundsatz Einfluss auf die Sozialpsychologie der gebildeten Mittelklasse und der Eliten propagiert: Erziehungsverwalter und Experten. Was weitgehend fehlt, ist die eigentlich für lebendige, antizipationsfähige Ideen zuständige dritte Dimension: der freie Intellektuelle, der mit Blick auf zivilreligiöse Aspekte ausbildet und dabei nicht nur dekonstruktiv, sondern auch konstruktiv vorgeht. Wenn Europa dies nicht so schnell wie möglich ändert, bleibt sein Bildungssystem nicht wie heute faktisch ein bezogen auf Europa »neutraler« Faktor, sondern wird diesbezüglich ein Hinderungsfaktor. Denn Europa zu »wollen«, heisst: Europa ideell zu antizipieren. Und ideell so kraftvoll antizipieren, dass dies zu einem sozialen Faktor wird, kann nur der freie Intellektuelle, indem er Risiken nimmt - nicht der Erziehungsverwalter, der Bekanntes weitergibt, noch



der Experte, der sich vorwiegend auf technische Machbarkeiten enger Spezialisierungen im Rahmen des Gegebenen bezieht. Es geht mir dabei nicht um einzelne herausragende Persönlichkeiten im öffentlichen Raum, sondern um eine viel breitere Streuung der Idee des - konstruktiven - Intellektuellen im gesamten Bildungsbereich, durch alle Stufen.

*Sie sprechen davon, dass wir im Hinblick auf eine europäische Zivilreligion noch immer erst in der »abbauenden« Phase sind. Was meinen Sie damit?*

**Benedikter:** In gewisser Weise erinnert die heutige Anlaufphase zu einer europäischen Zivilreligion an den Ursprung Europas in der griechischen Hochkultur vor mehr als 2000 Jahren. In der griechischen Mythologie verriet Ariadne, die kretische Priesterin, die vorhergehende kretische Kultur, um eine neue Zivilisation zu ermöglichen. Sie half Theseus mit einem Faden bei der Erschlagung, wenn nicht gar Opferung des Minotaur, eines Mann-Pferd-Wesens, im Labyrinth. Das entstehende Europa musste sich in seiner Gründungsphase zuallererst seiner – im Kern patriarchalischen – Gründungsmythen entledigen, um sein zu können. Was heute notwendig wird, ist in gewisser Weise, zumindest metaphorisch gesprochen, ähnlich: Europa muss sich zunächst »abbauend« seiner nationalen, patriarchalischen Gründungsmythen entledigen, damit eine gemeinsame europäische Zivilreligion möglich wird. Noch ist diese Abbauaufgabe nicht vollendet. Wir haben im Gegenteil im Rahmen der Krise starke Re-Nationalisierungskräfte am Werk gesehen.

*Ist es nicht ironisch, dass es gerade sozial orientierten Ländern wie den Wohlfahrtsstaaten in*

*Europa so schwer fällt, eine europäische Kollektivität zu konzipieren?*

**Benedikter:** Durchaus. Das ist allerdings ein hochkomplexes Thema, in dem innere und äussere Faktoren zusammenwirken. Dazu muss man zum Beispiel einerseits berücksichtigen, dass Europas Wohlfahrtsstaaten zwischen 1970 bis (zumindest) 2007 in ihrer Grundexistenz überproportional von Amerikas Gnade abhingen, mit Folgen bis heute. Vergessen wir nicht: Europas Wohlfahrtsstaaten wären seit dem Ende des zweiten Weltkriegs und vor allem seit den 1970er Jahren niemals möglich gewesen, wenn Amerika sich nicht für sein Militär - und damit indirekt und natürlich nicht ohne Eigeninteressen auch für den äusseren Schutz Europas - ausgeblutet hätte; während Europa praktisch nichts für seine äusseren Agenden getan hat, sondern das meiste »nach innen« investiert hat. Auf der anderen Seite hat Europa dann wiederum das meiste davon in nationale, nicht in gemeinsame europäische Agenden investiert - also in sogenannte »eigentliche«, nicht in transnationale, übergreifende Entwicklungen. Die heutigen Schwierigkeiten, eine gemeinsame Identität Europas zu generieren, sind also nicht nur sozialer oder kultureller Ursache, sondern auch den angewandten Politiken der europäischen Nationen der vergangenen Jahre geschuldet.

*Was könnte der Ausweg dieser mit realpolitischen und -wirtschaftlichen Faktoren kombinierten »Ideenkrise« Europas sein? Handelt es sich darum, ein kollektives Eigenbild, eine europäische Identität oder vielleicht sogar ein europäisches Bewusstsein zu fördern? Wie sehen Sie diese »Sache des Herzens« Europa, von der*



*Angela Merkel in Ihrem Grusswort für die oben-  
genannte Initiative »Ich will Europa«<sup>2</sup> spricht?*

**Benedikter:** Das Grusswort der Kanzlerin ist, wie Ihre Politik, im Prinzip positiv und geht in die richtige Richtung. In einigen Einzelheiten bleibt es aber zu zurückhaltend und allgemein. Darin ist es das Spiegelbild ihrer Politik.

In der Kampagne »Wir wollen Europa« heisst es im Wesentlichen: »Wir sollen Europa wollen.« Doch sowohl in der Vorstellung der Initiative als auch im dazugehörigen Dokument namens »Darum Europa« wird relativ einseitig aus deutscher Perspektive pro-Europa argumentiert, so unter anderem mit den Sätzen: »Deutschland war und ist einer der größten Nutznießer der politischen und wirtschaftlichen Einigung Europas, und war seit den Gründerjahren auch einer der großen Mitgestalter dieser Einigung.« Wie legitim ist es, so von Deutschland im Hinblick auf die heute im Raum stehende »Europäische Idee« zu sprechen?

**Benedikter:** Es ist mehr als legitim, und ich stimme diesen Aussagen völlig zu. Deutschland kann zugleich durchaus noch mehr tun als bisher, um die europäische Einheit zu stützen und voranzubringen – aber alle anderen Länder auch. Wir sollten nicht vergessen, dass es nicht die Aufgabe eines Landes allein ist, Einheit zu verwirklichen, sondern eine Gemeinschaftsaufgabe. Auch alle anderen Ländern haben, alles zusammen genommen, von der Einheit profitiert, auch wenn nun einige von ihnen einen überproportional hohen Preis dafür zahlen. Weil alle profitiert

haben und profitieren werden, sollten auch alle die Einheit weiter vorantreiben.

*Ihr Ausblick? Was erwarten Sie von den kommenden Monaten? Mit anderen Worten, die Gretchenfrage: Was wird nun aus Europa werden?*

**Benedikter:** Die Schuldenkrise 2011-12 hat eines vor allem gezeigt: Europa kann nicht bleiben, was es ist. Es muss etwas anderes, es muss »mehr« werden, als es bisher war – als es bisher sein konnte und sein wollte. In diesem Sinn war die Schuldenkrise heilsam: Sie hat endgültig klar gemacht, dass Europa erst auf halbem Weg ist, wenn überhaupt. Es ist erst ein sehr unsicherer und wenig geschützter Raum. Die Währungsunion reicht nicht. Wie brauchen eine politische Union, und wir brauchen eine dazugehörige europäische Zivilreligion, die diesen Namen auch verdient. Europa wird sich im Gefolge der Schuldenkrise auf den Weg zu den »Vereinigten Staaten Europas« machen müssen, ob es das will oder nicht, schon aus finanziellen, währungspolitischen und ökonomischen Gründen. Dagegen gibt es Gegenkräfte; doch ich bezweifle, dass der weitere Einigungsprozess politisch aufgehalten oder mittel- bis langfristig substantiell verändert werden kann. Das ist das wichtigste Ergebnis der Krise. Es ist eine gute Nachricht für alle Europa-Freunde. Denn wenn Europa nach innen eine größere Einheit erreicht, ist das auch gut für die Welt.

2) <http://www.ich-will-europa.de/die-initiative/grusswort-von-bundeskanzlerin-dr-angela-merkel>



## Die AutorInnen

**Roland Benedikter** dient als Europäischer Stiftungsprofessor für Zeitanalyse, Kontextuelle Politikanalyse und Politische Antizipation an der Universität von Kalifornien in Santa Barbara und an der Stanford Universität, USA.

*Kontakt:* rben@stanford.edu.

**Helena Wöhl-Coelho** ist Mitarbeiterin der Deutschen Welle (DW) Brasilien. Sie besuchte im Sommersemester 2012 Benediktters Seminar "Kulturpsychologie des Westens" an der Europa Universität Viadrina, Frankfurt/Oder.

*Kontakt:* helena.coelho@gmx.net.

## Über die ÖGfE

Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) wurde im Jahr 1991 aufgrund einer Idee des damaligen Europa-Staatssekretärs Dr. Peter Jankowitsch gegründet. Zielbestimmung der ÖGfE ist die Förderung und Unterstützung einer nachhaltigen EU-Informationspolitik in Österreich. Die ÖGfE ist eine parteipolitisch unabhängige Plattform auf sozialpartnerschaftlicher Basis mit Sitz in Wien.

Die ÖGfE ist als Verein konstituiert.

Die ÖGfE hat seit ihrer Gründung die wesentlichen Schritte des europäischen Integrationsprozesses begleitet, wobei der EU-Beitritt Österreichs, die Einführung des Euro, die Erweiterung um unsere mittel- und osteuropäischen Nachbarn sowie der Vertrag von Lissabon besondere Schwerpunkte darstellten.